

Das Politikum CO₂

geschrieben von Admin | 27. Oktober 2018

Die meisten Menschen verlassen sich bei ihrer Meinungsbildung über das Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre auf die Medien. Die Berichterstattung begann am 14. August 1986 mit einem Bericht im Spiegel: „Das Weltklima gerät aus den Fugen“, mit dem Titelbild des im Schmelzwasser der Polkappen bereits zur Hälfte versunkenen Kölner Doms. Die verheerenden Auswirkungen sollten bereits im Jahre 1990 beginnen. Bis 2040 sollten sie unter anderem dazu geführt haben, dass die Wolkenkratzer von Manhattan weit vor der neuen amerikanischen Ostküste einen reichlich verlorenen Eindruck machen. Ein großer Teil der damals betrachteten Prognoseperiode ist inzwischen vergangen. Man kann aber immer noch in Köln am Ufer des Rheines trockenen Fußes spazieren gehen. Und nachdem sich die damals angekündigte Sintflut als eine totale Fehlprognose erwiesen hat, wird nun nach einem Siebenschläfer-Sommer von den gleichen Medien die „Heißzeit“ mit ebenfalls apokalyptischen Auswirkungen verkündet. Verantwortung sieht anders aus. Es ist das Geschäft mit der Angst, das auch die IPCC-Agenda von Anfang an geprägt hat. Was solche und ähnliche, ständig wiederholte, ständig variierte und vom IPCC inspirierte Katastrophenankündigungen im Bewusstsein und Unterbewusstsein der Menschen bewirkt haben, ist schwer zu sagen. Aber eine große Mehrheit scheint der CO₂-Angstmache noch immer Glauben zu schenken. Daher ist der Angstmache immer wieder Aufklärung entgegenzusetzen – auch wenn mir das längst zum Hals raushängt.

Noch immer kein Beweis für die behauptete Erderwärmung durch CO₂

Es gibt keinen anerkannten wissenschaftlichen Beweis für die behauptete atmosphärische Erwärmung der Erde durch CO₂. Selbst wenn man sich auf die von den regierungsnahen Instituten vertretenen Hypothesen, und es sind weiter nichts als Hypothesen, einlässt, ist die von Deutschland verfolgte Politik, die anthropogenen CO₂-Emission zu vermeiden, sinnlos und aussichtslos. Sie führt zu unvermeidbaren, teilweise selbstzerstörerischen Belastungen der deutschen Wirtschaft, der Verbraucher, der Natur und der Landschaft. Es geht hier um volkswirtschaftliche Schäden von mehreren Billionen Euro.

Kein globaler Temperaturanstieg durch CO₂ in den letzten fünfzehn Jahren

Nach offiziellen Messwerten hat in den letzten fünfzehn Jahren kein globaler Temperaturanstieg stattgefunden, der auf CO₂-Emissionen zurückgeführt werden kann. Als sich dieses abzeichnete, wurde 2013 vom Feindbild der „globalen Erwärmung“ auf das Feindbild „Klimawandel“ umgeschaltet, damit die Alarmisten nicht brotlos werden.

Temperaturschwankungen gab's in der Erdgeschichte immer

Temperaturschwankungen der Atmosphäre in erheblichem Ausmaß hat es in vorindustrieller Zeit immer gegeben. Es gab Eiszeiten und Warmzeiten. Die Wissenschaft führt dies auf Sonneneruptionen und -magnetismus, auf Vulkanaktivitäten, Änderungen der Neigung der Erdachse, Wasserdampf und Wolkenbildung, Methan, ozeanische Strömungen, kosmische Strahlungen etc. zurück. Diese Faktoren wirken auch heute noch in erratischer Weise teilweise gleichgerichtet, teilweise entgegengerichtet auf die Temperatur der Atmosphäre ein. Selbst wenn CO₂, was unbewiesen ist, einen Einfluss auf die Temperatur hätte, würde dieser in der Wirkung all der anderen Faktoren untergehen.

Schwankungen auch des Anteils von natürlichem CO₂ in der Atmosphäre

Auch das weit überwiegende natürliche CO₂ hat in der Vergangenheit immer in erheblichem Umfang geschwankt. Mit dem Manipulieren an dem äußerst geringen Anteil des anthropogenen CO₂ kann gegenüber den Schwankungen des wesentlich größeren Anteils des natürlichen CO₂ und den zufälligen Schwankungen der anderen dominanten klimabestimmenden Faktoren keinerlei nennenswerte Einflussnahme auf die Temperatur der Atmosphäre stattfinden. Was wir aber mit Sicherheit erreichen, ist über die Jahre ein volkswirtschaftlicher Schaden in Billionenhöhe, der Verlust der Sicherheit unserer Energieversorgung, die Grundlagen unserer Industrie und damit auch unseres Sozialsystems und die weitere Zerstörung unserer Landschaft.

Im Übrigen würde bei dem von den Alarmisten unterstelltem Wirkungszusammenhang das Risiko bestehen, dass die durch CO₂-Minderung bewirkte Abkühlung gerade dann wirksam wird, wenn die Natur wieder einmal auf Kühlung schaltet. Umsteuern geht dann nicht mehr.

Ein wissenschaftlich getarntes Geschäftsmodell

Die Schadstoff-These wurde 1988 erstmals von dem Politiker und Geschäftsmann Al Gore mit einer Reihe von Co-Investoren mit Verbindung zu UN-nahen Kreisen aufgestellt. Dem darauf aufgebauten Geschäftsmodell im Energiebereich wurde zur Tarnung ein wissenschaftliches oder besser pseudowissenschaftliches Gewand umgehängt. Von Anfang an waren die Thesen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von mangelnder Wissenschaftlichkeit und groben Fälschungen gekennzeichnet. Das begann mit dem Gründungsauftrag des IPCC, der einseitig, nicht ergebnisoffen und damit unwissenschaftlich war.

Manipulationen, Fälschungen, Umdeutungen im Namen angeblicher Wissenschaft

Weitere Manipulationen waren die so genannte Hockeystick-Lüge, die als „Climategate“ bekannten großvolumigen kriminellen Fälschungen bei der University of East Anglia bis hin zu der Veröffentlichung des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg vom 28. Januar 2015. Dort versuchte man, die Ergebnisse von Computer-Simulationen, die über zehn

Jahre eben keine Erwärmung zeigten, in höchst unwissenschaftlicher Weise umzuinterpretieren, nämlich in dem Sinn, „dass nicht sein kann, was nicht sein darf“. Ebendas beweist, dass auch nach dreißig Jahren keine überzeugenden Forschungsergebnisse erbracht werden konnten, denn sonst hätte man sich solche Manipulationen und Peinlichkeiten erspart.

Nicht Mehrheiten entscheiden über richtig oder falsch

Es wird immer wieder behauptet, 97 Prozent aller Wissenschaftler stimmten der CO₂-These zu. Richard Tol, Professor für die wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels der Freien Universität in Amsterdam, hat die Herkunft dieser Aussage gründlich untersucht und festgestellt, dass sie völlig aus der Luft gegriffen ist (pulled from the thin air.) Im Übrigen kommt es überhaupt nicht darauf an, wieviele Wissenschaftler etwas für richtig oder falsch halten, entscheidend ist, was sich als zutreffend herausstellt – entweder als bewiesen oder als besonders plausibel belegt. Dafür genügt ein einziger Wissenschaftler oder ein sonstiger Mensch.

Wissenschaftler protestierten gegen die IPCC-Zumutungen und kündigten ihre Mitarbeit auf

Im Verlauf dieses elementar unwissenschaftlichen Vorgehens ist es immer wieder zu erheblichen Protesten der vom IPCC beauftragten Wissenschaftler gekommen. Sie verwahrten sich dagegen, die Messdaten in gewünschter Weise zu manipulieren und kündigten die Zusammenarbeit mit dem IPCC wegen der an sie ergangenen Zumutungen unter Protest auf. Besonders prägnant kommt diese fehlende wissenschaftliche Basis des IPCC in der Feststellung von Prof. Dr. H. Steven Schneider, Lead Author in Group I of the IPCC (1989), zum Ausdruck:

Schrecken einjagen, dramatisch reden, Zweifeln verbieten

„Deshalb müssen wir Schrecken einjagende Szenarien ankündigen, vereinfachende dramatische Statements machen und nicht irgendwelche Zweifel, die wir haben mögen, erwähnen. Um Aufmerksamkeit zu erregen, brauchen wir dramatische Statements und keine Zweifel am Gesagten. Jeder von uns Forschern muss entscheiden, wie weit er eher ehrlich oder eher effektiv sein will“.

Die Bundesregierung ignorierte, was ihr bekannt wurde

Als in dieser frühen Phase der IPCC-Aktivitäten diese unglaubliche Feststellung eines führenden IPCC-Wissenschaftlers bekannt wurde, hätte die Bundesregierung doch sofort einen genaueren Blick auf dieses merkwürdige Unternehmen werfen und auf Distanz gehen müssen. Stattdessen wurde eine Wende in der Energiepolitik eingeleitet und beschleunigt fortgeführt. Warum bloß?

Die Lindzen-Petition von 300 unabhängigen Wissenschaftlern 2017

In der Folge haben dann immer wieder hunderte unabhängiger Wissenschaftler, darunter viele Nobelpreisträger, gegen diese Thesen des IPCC protestiert. Besonders deutlich kommt dies in der Petition vom 23. Februar 2017 von 300 unabhängigen amerikanischen Wissenschaftlern unter der Federführung des renommierten MIT-Professors Richard Lindzen zum Ausdruck:

„Kohlendioxid ist Pflanzendünger und kein Gift“

„Wir unterstützen effektive erschwingliche und direkte Kontrollen üblicher Umweltschadstoffe, aber Kohlendioxid ist kein Schadstoff. Im Gegenteil, es gibt viele klare und eindeutige Beweise, dass ein steigender atmosphärischer Kohlendioxidgehalt für die Umwelt sehr hilfreich ist, um Ernteerträge zu verbessern und andere Pflanzen besser wachsen zu lassen, die die Nahrungsgrundlage für alles Leben bilden. Es ist Pflanzendünger und kein Gift“.

Dies mag dazu beigetragen haben, dass die USA ihr Ausscheiden aus dem Pariser Abkommen angekündigt haben, um hinsichtlich CO₂ vollen Handlungsspielraum zu haben, während sie die Emission tatsächlicher Umweltschadstoffe durchaus mit scharfen Gesetzen und, wie wir aus der Dieselkrise wissen, mit rigorosen Erzwingungsmaßnahmen zu verhindern wissen.

Trotz Lindzen-Petition weitere Milliarden verschwendet

Klarer als in der Lindzen-Petition geht es nun doch wirklich nicht mehr. Man fragt sich verzweifelt, warum die Bundesregierung nicht spätestens diese Petition als hinreichenden Sachgrund gewertet hat, alle direkten und indirekten CO₂-Vermeidungsmaßnahmen sofort zu beenden, um Schaden von Deutschland abzuwenden. Sie hat aber keinerlei politische Initiative ergriffen, ja, nicht einmal mit einer klärenden Stellungnahme darauf reagiert, sondern sich weggeduckt. Sie hat dann weitere Milliarden Euro für die direkte und indirekte Vermeidung von CO₂ verschwendet. Man kann dafür keinen vernünftigen Grund erkennen. Und dies geschah unter einer „Klimakanzlerin“, die sich als promovierte Physikerin über wissenschaftliche Methodik und die physikalischen Wirkungen von Gasen doch hinreichend im Klaren sein sollte.

Große Staaten wie USA, China und Indien verhalten sich anders als Deutschland

Da sich die amerikanische Regierung und auch andere große Staaten wie China und Indien gegenüber CO₂ passiv verhalten, ist doch wohl im Ernst nicht anzunehmen, dass ihnen die von den Alarmisten unterstellten negativen Folgen der CO₂-Emissionen völlig gleichgültig wären und sie ihr Land, ihre Menschen und ihre Zukunft wissentlich und willentlich solchen Gefahren aussetzen würden, wie die Alarmisten sie mit dem CO₂ verbinden.

Kyoto-Protokoll – Von den USA nicht ratifiziert, Neuseeland, Japan,

Russland machen nicht mehr mit

Bei diesen extrem fragwürdigen Aktivitäten des IPCC haben die USA das Kyoto-Protokoll vom 11. Dezember 1997 nicht ratifiziert, Kanada hat seinen Ausstieg 2011 erklärt, andere Ländern, wie Neuseeland, Russland und Japan, in dessen Stadt Kyoto einmal der Rahmen der unsinnigen CO₂-Politik abgesteckt wurde, haben entschieden, von 2013 an nicht mehr teilzunehmen. Zum Schluss waren nur noch die Verursacher von 13 Prozent der gesamten anthropogenen CO₂-Emission zu Einschränkungen nach dem Kyoto-Protokoll bereit, so dass es wegen völliger Wirkungslosigkeit gerade dabei ist, sang- und klanglos auszulaufen.

Warum hat sich Deutschland den Aussteigern nicht angeschlossen?

Schon damals, als sich abzeichnete, dass sich für das Kyoto-Protokoll nie eine tragfähige Mehrheit finden würde und als Japan und Kanada die Mitwirkung aufkündigten, hätte doch auch Deutschland die CO₂-Einsparung beenden und die massiven Eingriffe in die Energiewirtschaft einstellen müssen. Auch darüber hat die Bundesregierung nie Rechenschaft abgelegt. Warum nicht?

Im Paris-Abkommen anders als im Kyoto-Protokoll keine CO₂-Mengenbeschränkungen mehr

Anstelle des Kyoto-Protokolls ist 2015 das Pariser Abkommen getreten. Deutschland ist im Oktober 2016 beigetreten. Die Voraussetzung für das Inkrafttreten wurde am 4. November 2016 erfüllt, als mindestens 55 Länder mit 55 Prozent Anteil an der CO₂-Emission das Protokoll ratifiziert hatten. An der Haltung der Mehrheit der industriellen Länder zur CO₂-Emission wird sich durch diesen neuen Rahmen und diesen neuen Titel nicht das Geringste ändern. Denn im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll, das noch so etwas wie eine mengenmäßige Begrenzung der CO₂-Emissionen vorsah, deren Verfehlung allerdings in keiner Weise pönalisiert wurde, ist im Pariser Abkommen von vornherein keine mengenmäßige Beschränkung mehr vorgesehen. Sonst wären nicht so viele Länder beigetreten.

Jedes Land kann aus dem Pariser Abkommen austreten

Jedes Mitglied muss lediglich einige gut klingende Erklärungen abgeben, aber sich keinerlei ernsthaften Beschränkungen unterwerfen. Wie im Kyoto-Protokoll haben sie keinerlei Risiken zu befürchten, wenn sie gegebenenfalls selbst gesetzte mengenmäßige Ziele verfehlen. Jedes Mitglied kann auch wieder austreten, was gerade in Australien diskutiert wird. Jeder kann im Grunde machen was er will.

Deutschland zahlt an andere Staaten jährlich 8,2 Milliarden für CO₂-sparende Maßnahmen

Deutschland aber hat sich in einem Maße verpflichtet, dass es erforderlich macht, über die massiven Eingriffe im Inland hinaus,

zurzeit jedes Jahr etwa 8,2 Milliarden Euro an asiatische und afrikanische Staaten zu zahlen, die damit CO₂-sparende Maßnahmen finanzieren sollen. 8,2 Milliarden Euro im Jahr für ein aussichtsloses Unterfangen. Dies irre zu nennen, ist noch untertrieben.

Deutschland übereifrig in Selbstergriffenheit und Sendungsbewusstsein

Deutschland betreibt den CO₂-Ausstieg mit besonderem Eifer, um nicht zu sagen Selbstergriffenheit, ja geradezu mit Sendungsbewusstsein. Das führt dazu, dass die Vertreter abweichender Meinungen gern als „Klimaleugner“ diffamiert werden. Das ist schon deshalb absurd, weil sich das, was jedermann tagtäglich als existierendes Klima erlebt, gar nicht leugnen lässt.

In seinem blinden Eifer wird Deutschland einsamer

Das Thema CO₂ und Klimaschutz findet fast täglich in den Medien einen breiten Raum. Es beherrscht die Politik. Es beeinträchtigt massiv die Automobilindustrie, die Energiewirtschaft, die mittelständische Wirtschaft und die Verbraucher, und es zerstört Natur und Landschaft. Ein solcher blinder Eifer ist aus den meisten anderen Ländern nicht bekannt. Die Niederlande haben die Förderung der Windkraft gerade eingestellt. Spanien und Tschechien investieren in alternativen Energien nicht mehr, und Schweden plant die Rückkehr zur Kernkraft. Deutschland wird einsamer.

Über die deutsche Selbstzerstörung verwundert und befremdet

Bei dieser Sachlage muss man leider auch befürchten, dass man im Rest der Welt die Art und Weise, wie Deutschland seine Industrie, die Interessen seiner Bevölkerung, seine Natur und seine Landschaft in Musterschülerhaftigkeit mit der CO₂-Keule erschlägt, um es milde auszudrücken, mit großer Verwunderung oder Befremdung verfolgt. Dazu kommt sicherlich auch Eigeninteresse daran, wie Deutschland seine leistungsfähige Energiewirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen zerstört, insbesondere im Hinblick darauf, dass es damit zugleich im großen Maße auf den Import von Sonnenkollektoren und Batteriezellen für Elektroautos angewiesen ist.

Andere Staaten werden sich wegen des CO₂ nicht einschränken lassen

Es kann als gewiss gelten, dass die großen, starken und selbstbewussten Industrienationen wie USA, Russland, China, Japan und andere Staaten mit leistungsfähigen physikalischen und meteorologischen Forschungskapazitäten ihr weiteres Wirtschaftswachstum und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht durch Einschränkung der CO₂-Emissionen gefährden werden. Sie werden sich nicht dadurch beeindrucken lassen, dass ein gewisser Al Gore aus Washington vor über dreißig Jahren ein ziemlich obskures Geschäftsmodell entwickelt hat. Sie können dies unbedenklich tun in der Überzeugung, dass CO₂ nicht schädlich ist,

sondern positive Wirkungen auf die Vegetation hat. Auch deshalb sind alle deutschen Bemühungen der CO₂-Einsparung nutzlos und sinnlos.

64 Länder bauen hunderte neue Kohlekraftwerke, Deutschland will seine abschaffen

Hierzu nur ein aktuelles Beispiel: In 64 Ländern befinden sich derzeit mehrere hundert Kohlekraftwerke im Bau, aber Deutschland will eine Kohleausstiegskommission bilden und die CDU, die CSU, die SPD, FDP, Grünen und Linken wollen durch Ihre Kohlepolitik den Mitarbeitern unserer modernen Kohlebergwerke und –kraftwerke und ihren Familien die Existenzgrundlage mit erfundener, falscher Begründung rauben. Das ist ein starkes Stück.

Deutschland betreibt weitere Kapitalvernichtung

Mit dem Ausstieg aus der Stromerzeugung mittels Kohle wollen die Altparteien ferner eine weitere Vernichtung von Betriebskapital im Milliardenbereich betreiben, weil Ihnen die Vernichtung moderner Kernkraftkapazitäten offenbar noch nicht genügt. Das sind Schäden im dreistelligen Milliardenbereich, alles zu Lasten der Steuerzahler und Verbraucher, während andere Länder solche Kapazitäten gerade in großem Stil aufbauen.

Unbewiesene Behauptungen contra gegenteilige Erkenntnisse

Fassen wir zusammen: Die ganze CO₂-Bewegung ist unter höchst obskuren Umständen in Gang gekommen und gründete vor allem auf dem Schüren von Angst. Es gibt keinen schlüssigen, wissenschaftlich anerkannten Beweis, dass CO₂-Emissionen die Temperatur der Atmosphäre nennenswert beeinflussen. Den unbewiesenen Behauptungen IPPC-naher Wissenschaftler und Institute stehen konträre Erkenntnisse von mindestens ebenso vielen unabhängigen Wissenschaftlern und Nobelpreisträgern entgegen.

USA, Russland, China, Japan, Indien sind zum CO₂-Verringern nicht zwingend verpflichtet

Nach dem Pariser Abkommen haben sich die großen Industrienationen wie USA, Russland, China, Japan und auch Indien keinerlei zwingenden Verpflichtung zur CO₂-Einsparungen unterworfen, und es gibt keine Druckmittel, sie dazu zu veranlassen. Sie können auch wieder austreten. Das wird sich dann beschleunigen, wenn die CO₂-Hysterie, die keinerlei reale Grundlage hat, wie z. B. auch das Angstschüren vor dem „Waldsterben“ und dem „Ozonloch“, kaum noch jemanden interessiert. Denn so etwas nutzt sich ab, wenn die mit dem anthropogenen CO₂ behauptete Erwärmung auf sich warten lässt. Bei dem wissenschaftlichen Stand dieser Länder ist anzunehmen, dass sie CO₂ nicht für einen Schadstoff halten und überzeugt sind, auch keine Risiken für ihr Land, ihre Bevölkerung und ihre Zukunft einzugehen, wie von den Alarmisten im Hinblick auf CO₂ behauptet wird. Mit dem weiteren Wirtschaftswachstum

dieser Länder werden sich auch deren CO₂-Emissionen weiter erhöhen.

Die offenkundige Sinnlosigkeit deutscher CO₂-Einsparung erzwingt ein Umschalten

Es ist völlig unverantwortlich, auf einer so brüchigen Grundlage derart weitreichende und irreversible energie- und umweltpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Der Klimaschutzplan 2050 ist von vornherein technisch undurchführbar und in der Sache sinnlos. Aus einem Vorausblick zu einer aktuellen OECD-Studie zum künftigen Rohstoffverbrauch geht hervor, dass sich aufgrund der expandierenden Weltwirtschaft bis zum Jahre 2060 der Ausstoß von CO₂ nahezu verdoppeln wird. Da wird die Sinnlosigkeit jeglicher deutscher Einsparungsbemühungen unmittelbar klar ersichtlich. Unter diesen Umständen müssen die Bundesregierung, das Parlament und die Altparteien sofort radikal umschalten und zurückkehren zu einer rationalen Energiepolitik, um Deutschland vor weiteren schwerwiegenden Schäden zu bewahren. Dazu verpflichtet ist die Bundesregierung auch nach Ihrem Amtseid.

Jetzt geht es darum, noch mehr Schaden zu verhindern

Spätestens im Februar 2017, dem Zeitpunkt der Lindzen-Petition, hätte sie handeln müssen. Sie kann jetzt nur noch Schadensbegrenzung betreiben, muss also weiteren Schaden über den bisher bereits angerichteten hinaus umgehend beenden und weiteren unbedingt verhindern. Sonst wäre ihr zu unterstellen, Deutschland nicht nur mit der Migrationspolitik und anderen Fehlentscheidungen, sondern auch mit ihrer Energiewende-Politik nachhaltig zu ruinieren. Nachhaltigkeit, die zu bekunden alle gern im Munde führen, muss anders aussehen. Noch allerdings unterstützen alle Bundestagsparteien die Klimaschutz- und Energiewendepolitik – nur eine nicht: die AfD.

Der Beitrag wurde vom Blog Dr. K.P. Krauses übernommen hier